

Pressemitteilung  
Kiel, 06.09.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Minderheiten sind keine Gedenkstätten

*Zur Ablehnung des SSW zu einer Bewerbung des deutsch-dänischen Grenzlandes für das Europäische Kulturerbe-Siegel erklärt die kulturpolitische Sprecherin des SSW im Landtag, **Jette Waldinger-Thiering**:*

Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut. Das trifft auch auf den CDU-Vorschlag zu, das deutsch-dänische Grenzland für das Europäische Kulturerbe-Siegel anzumelden.

Zunächst einmal können nach EU-Vorgaben nur Stätten für das Kulturerbe-Siegel angemeldet werden. Kulturdenkmäler etwa, oder Gedenkstätten.



Die Minderheiten im Grenzland sind aber keine Gedenkstätten, die für die Nachwelt konserviert werden müssen - sie sind lebendige Volksgruppen.

Wenn die CDU also die „vorbildliche Minderheitenpolitik im Grenzland“ hervorheben will (PM Nr. 480/13) - was angesichts der schwarz-gelben Kürzungen bei den dänischen Schulen im Jahr 2010 an sich schon ein Geschmäcke hat - ist das Kulturerbe-Siegel hierfür denkbar ungeeignet.

Der Vorschlag der CDU mag ein kulturpolitischer Ansatz sein - mit Minderheitenpolitik hat er hingegen nichts zu tun. Darauf haben nicht nur wir, sondern auch der Sydslesvigsk Forening, die Minderheitenbeauftragte des Landes und die Stadt Flensburg sehr deutlich hingewiesen. Bezeichnend ist auch, dass der CDU-Vorschlag völlig ausblendet, dass es zwei weitere autochthone Minderheiten in Schleswig-Holstein gibt: die Friesen und die Sinti und Roma.

Wir lehnen den Vorschlag auch deshalb ab, weil wir lieber auf das immaterielle Kulturerbe setzen, das im Gegensatz zum Kulturerbe-Siegel auf die Vielfalt lebendiger Kultur abzielt. Eine Doppelbewerbung würde eine unnötige Konkurrenzsituation schaffen.



All dies haben wir dem CDU-Landesvorstand bereits am 11. Februar ausführlich erläutert. Herr Callsen war bei dem Gespräch dabei. Daher ist mir rätselhaft, wie ihm unsere Positionen jetzt „unverständlich“ sein können.